

Editorial

Die politische Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik und in der EU ist unübersehbar. In welchem Verhältnis steht sie zu den aktuellen Krisenprozessen und den durch sie verursachten Krisenängsten und Verunsicherungen? Trifft es überall zu, dass die dominierende Krisenreaktion nach rechts geht? Welche Rolle spielen linke Kräfte gegenwärtig noch? Diese Fragen behandelt der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes unter theoretischen, historischen und internationalen Aspekten.

Zurückliegende Wahlen: Die drei Landtagswahlen in Ostdeutschland haben den Umbruch des bundesdeutschen Parteiensystems und die Verschiebung nach rechts beschleunigt. Die AfD ist – so *Georg Fülberth* – zum wichtigsten Machtfaktor im parlamentarischen System geworden. Sie prägt mit dem massenwirksamen Thema Migration die politische Agenda. CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP können gegen sie nur noch Negativkoalitionen bilden und unterscheiden sich in der Migrationsfrage kaum noch von ihr. Diese tektonischen politischen Verschiebungen zeigen zudem, so die Feststellung von *Volker Külow* und *Ekkehard Lieberam*, dass der Osten politisch anders tickt als der Westen. Hier ist die Krise der Repräsentation als Krise der Regierbarkeit besonders sichtbar. AfD und BSW haben sich als neue Ostparteien etabliert. Die Existenzkrise der Linken, so die Einschätzung der Autoren, habe sich fortgesetzt, vor allem, weil eine »angemessene Strategie-debatte« bisher ausgeblieben sei.

Eine Online-Diskussion zu diesem Heft findet am Sonntag, 26. Januar, ab 20:00 Uhr auf dem Kanal von 99 zu eins statt;
Vorankündigung / Zugang sh. unsere Social-Media-Auftritte und www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de sowie
<https://www.youtube.com/c/99ZUEINS>

Es folgen Beiträge der diesjährigen Marxistischen Studienwoche. Sie behandeln *historische und internationale Aspekte der Rechtsentwicklung* (vgl. Tagungsbericht, S. 195ff). *Phillip Becher* überdenkt den Zusammenhang zwischen der offenzutage tretenden Krise kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und dem Erstarken rechter politischer Kräfte. Dabei erinnert er an Analysen des marxistischen Demokratie- und Faschismusforschers Reinhard Opitz und plädiert mit ihm für ein weites Verständnis dafür, welche Akteure der politischen Rechten zuzuordnen sind. Mit Opitz gesprochen seien dies solche, die hinter den bereits erreichten »historischen Realisationsgrad von Demokratie« zurückfallen. *Gerd Wiegel* geht den Gründen für den seit mehr als zwanzig Jahren anhaltenden Erfolg einer modernisierten extremen Rechten nach. Er bringt den Aufstieg der Rechten mit der endgültigen Durchsetzung eines neoliberalen, antisozialen und Konkurrenz aktivierenden Kapitalismusmodells in Zusammenhang, das vielfältige Formen autoritärer Entwicklungen hervorgebracht habe, an die die Rechte anschließe. *Ingar Solty* untersucht den Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus in den USA seit der globalen Finanzkrise 2008/2009 im Kontext der seit den 1970er Jahren anhaltenden Schwäche der Arbeiterbewegung. Er interpretiert ihn als Mobilisie-

rungsideologie der maßgeblichen Kapitalfraktionen im postliberalen Kapitalismus im Interesse des autoritären Umbaus des Staatsapparats.

Andrés Musacchio zufolge ist der Wahlerfolg des argentinischen Präsidenten Milei, der eine besonders aggressive Variante des individualistischen und antisozialen Marktradikalismus vertritt, nur vor dem Hintergrund einer langanhaltenden Wirtschaftskrise und des Fehlens einer massenwirksamen Alternative zu verstehen. *Sabine Kebir* zeichnet den Aufstieg Giorgia Melonis in Italien nach, die mit einer breiten kulturellen Programmatik elementare Bedürfnisse der vom Neoliberalismus enttäuschten Volksmassen von rechts anspricht. Die Rolle der seit den Europawahlen 2024 nochmals gestärkten extremen Rechten untersucht *Cornelia Hildebrandt*. Dass es dabei nicht zu einem rechten »Durchmarsch« gekommen ist, hält sie für wenig tröstlich: Tatsächlich nähern sich in vielen europäischen Ländern rechtsradikale Parteien der Regierungsmacht, auch weil deren Programmatik »anschlussfähig« sei an konservative und liberale Kräfte.

Und die Linke? *Nico Biver* untersucht anhand einer bis 1979 zurückreichenden Analyse der Wahlergebnisse das Gewicht der Parteien links der Sozialdemokratie im Europaparlament. Dieses ist demnach – bei großer Heterogenität – seit den 1990er Jahren insgesamt zwar relativ stabil geblieben, allerdings auf anhaltend niedrigem Niveau. Auch hier zeigt sich: Die Linke hat in den Krisenprozessen der vergangenen Jahre keinen Einflusszuwachs gewinnen können. *Klaus Dräger* und *Herman Michiel* fragen nach inhaltlichen Profilen der linken Parteien und Strömungen im EU-Parlament. Neben Neugründungen wie der European Left Alliance for the People and the Planet im vergangenen August werden auch politische Streitpunkte und Entwicklungslinien betrachtet – darunter die Haltung zum Ukraine-Krieg oder das Aufkommen des »Linkskonservatismus«, für den etwa das BSW steht.

Die Frage, warum eine linke Opposition mit der Dauerkrise des Kapitalismus nicht an Bedeutung gewinnt, sondern selbst in tiefere und sogar existenzielle Krisen stürzt, nimmt *Ingar Solty* noch einmal auf. Er bringt das, bezogen auf deutsche Verhältnisse, in Zusammenhang mit deren Tendenz, lediglich als linkes Korrektiv der regierenden Mitte-Links-Parteien und nicht als radikale sozialistische Opposition zu agieren und in der zentralen Frage der Friedenspolitik angesichts innerer Konflikte sich nicht als mobilisierende antimilitaristische Kraft zu positionieren.

Soziale Bewegungen: Ihre kontinuierliche Analyse von Arbeitskämpfen im Rahmen des halbjährlichen »Streikmonitors« setzen *Sebastian Liegl* und *Juri Kilroy* mit Bezug auf die Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2024 fort. Die Autoren konstatieren seit dem Pandemiejahr 2020 einerseits einen kontinuierlichen Zuwachs an Arbeitskämpfen und andererseits, dass die Arbeitskämpfe gleichzeitig länger dauern und »härter« werden. Sie führen dies auf verhärtete Konfliktfronten im Kontext der verschlechterten Reproduktionsbedingungen des BRD-Kapitals zurück.

Kuba: Das sozialistische Kuba leidet seit über sechs Jahrzehnten unter der Wirtschaftsblockade durch die USA. Dass die US-Sanktionen dem Völkerrecht Hohn sprechen, wurde erst jüngst von einer *internationalen Juristenkommission* konstatiert, deren »Urteil« wir dokumentieren. *Marcel Kunzmann* beleuchtet die gegenwärtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisenkonstellation Kubas und die wirtschaftlichen Reformbemühungen, die Marktmechanismen mehr Raum geben, aber zugleich Widersprüche und neue Konflikte mit sich bringen. Kuba bedarf dringend internationaler Solidarität.

Weitere Beiträge: Unter dem Digitalisierungszwang werden heute viele bisher vom Kapital bezahlte Arbeiten profitsteigernd von Privatpersonen/Kunden erledigt, z.B. Kassentätigkeit im Supermarkt oder Ticketbestellung am PC. Hier ergeben sich neue Fragen der politischen Ökonomie, die *Peter Schadt* anhand von Überlegungen von Ursula Huws zur kategorialen Erfassung von Hausarbeit und »Konsumarbeit« kritisch diskutiert. *Christoph Lieber* erinnert an Hermann Duncker, einen der einflussreichsten Lehrer des Marxismus in der Vorkriegs-SPD, in der KPD der Weimarer Jahre und in der DDR. Nachdrücklich propagierte er ein marxistisches Herangehen an die Klassenkämpfe seiner Zeit und die Notwendigkeit, Politik trotz und gerade wegen aller innerparteilichen Kontroversen auch theoretisch zu begründen. *Peter F. Schütze* widmet der Faust-Interpretation Thomas Metschers einen ausführlichen Rezensionartikel, in dem er nachzeichnet, wie Metscher Goethes »dramatische Epopöe« als dialektisches Welttheater rekonstruiert, das nicht nur die gesamte Entwicklungsgeschichte der Zivilisation enthalte, sondern zugleich die Form der Tragödie selbst an ihre Grenzen führe und aufhebe. *Jörg Zimmermann* setzt sich – Anmerkung zum Schwerpunkt in Z 138 – kritisch mit der Kategorie »Überausbeutung« auseinander.

Aus der Redaktion: Auf der Z-Website (Archiv/Diskussion Werttheorie) wird die Debatte zur Werttheorie fortgesetzt mit einem Beitrag von *Dieter Wolf* »Wie Marx im *Kapital* erklärt, warum der Wert originär in der kapitalistischen Produktion und nicht in der kapitalistischen Warenzirkulation entsteht«, mit Kritik an den Z-Beiträgen von Lietz/Schwarz, Klaus Müller und Herbert Rünzi. Auf Dieter Wolf antwortet *Klaus Müller*.

Z 141 wird sich mit globalen Umweltproblemen nach den COPs zu Biodiversität und Klima von Cali und Baku beschäftigen und mit der Krise der Kapitalreproduktion und Öko-Transformation im Automobilsektor. Außerdem sind Beiträge zu Kolonialismus, zu antipalästinensischem Rassismus und zu Fragen der Marx-Engels-Forschung in Vorbereitung. In Z 142 wollen wir eine Bilanz der »Ampelregierung« versuchen.